

SPD

**Bündnis90/
DIE GRÜNEN**

DIE LINKE

An die
Stadtpräsidentin der
Hansestadt Lübeck
Rathaus

Lübeck, den 31. März 2011

Zu Punkt der Tagesordnung
Drucksache Nr.

23539 Lübeck

Bürgerschaftssitzung, am 31. März 2011

**-Ergänzungsantrag zu Top 4.16/ Drs. 82; Abschaltung und endgültige
Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke; hier: Lokale Folgemaßnahmen für
einen bundesweiten Ausstieg aus der Atomenergie-**

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft bis Ende Juni 2011 zu berichten,

1. auf welche Weise der derzeitige Anteil von 22,4 % Kernkraft am Energiemix der Stadtwerke Lübeck GmbH drastisch reduziert und bis zu welchem mittelfristigen Zeitpunkt der von den Stadtwerken gelieferte Haushalts- und Gewerbestrom gänzlich ohne Atomstrom angeboten werden könnte;
2. wie gleichzeitig sicher gestellt werden kann, dass im Bezug auf den von den Stadtwerken gelieferten Strom der CO₂-Ausstoß von derzeit 403 g/kWh weiter abgesenkt wird;
3. welche technischen, organisatorischen und kommerziellen Maßnahmen für einen Ausstieg der Stadtwerke Lübeck GmbH aus der Versorgung mit Kernenergie erforderlich sind und welche betriebswirtschaftliche Auswirkungen dies für die Stadtwerke hätte;
4. wie der Anteil der von den Stadtwerken selbst erzeugten Energie (z.B. aus Kraft-Wärme-Kopplung und Windkraft) und der in der Region erzeugten regenerativen Energie (z. B. Solardächer) schnellstmöglich vergrößert werden kann und
5. wie die Hansestadt Lübeck sowie ihre Eigenbetriebe und die Gesellschaften, an denen die Hansestadt Lübeck beteiligt ist, schnellstmöglich mit elektrischer Energie ohne Atomstromanteile beliefert werden können und welche wirtschaftlichen Auswirkungen dies hätte. Hierbei ist auch Besonderheiten,

wie sie sich z. B. im Rahmen von Ausschreibungen ergeben könnten, einzugehen.

Darüber hinaus sollten die Stadtwerke Lübeck ihr Angebot in dem Bereich der regenerativen Energien innerhalb der nächsten 3 Monate massiv ausbauen und erfolgsorientiert bewerben. Ziel dieser Maßnahme sollte es sein, die Menge des verkauften Ökostroms innerhalb eines Jahres mindestens zu verdoppeln.

Die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck werden im Sinne „Ausstieg selber machen“ aufgefordert, die hier genannten Vorschläge durch konkrete Handlungsschritte, wie beispielweise einem offensiven Wechsel bei ihren jeweiligen Stromanbieter hin zum sogenannten „Ökostrom“, offensiv zu unterstützen.

Der Bürgermeister hat durch die Besetzung der Klimaschutzleitstelle ein Instrument an die Hand bekommen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Stadtwerken Lübeck nach weitergehenden, umsetzbaren Aktionskonzepten zu suchen und diese unverzüglich zu realisieren.

Die Begründung erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen



Peter Reinhardt
Fraktionsvorsitzender

Susanne Hilbrecht
Fraktionsvorsitzende

Antje Jansen
Fraktionsvorsitzende